



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

Berlin, den 12. November 2003

Anlässlich einer aktuellen Stunde zur geplanten Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe erklärt der Berufsbildungsexperte der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion Uwe Schummer:

„Der Ausbildungsmarkt folgt dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Eine Binsenweisheit. Gehen die Beschäftigtenzahlen zurück, dann sinken auch die Ausbildungszahlen. Im Jahresvergleich wurden in Deutschland 640.000 Arbeitsplätze abgebaut. 40.000 Betriebe gingen in die Insolvenz. Die Zahl der Schulabgänger stieg um 15.000. Die rechnerische Ausbildungsplatzlücke lag Ende Oktober bei 24.000. Wider Erwarten nur wenig über dem Stand des letzten Jahres.

Vor dem Hintergrund dieser Daten danke ich Betriebsleitern und Betriebsräten, die oft über den eigenen Bedarf ausbilden und jungen Menschen eine berufliche Chance geben. Sie haben den Ausbildungsmarkt stabilisiert.

80 % der Arbeits- und Ausbildungsplätze stellen kleine und mittlere Betriebe. Opfer Ihrer Politik stempeln Sie zu Tätern. Schröders Pendeldiplomatie: Heute „Genosse der Bosse,“ morgen mit sozialistischer Ballonmütze. Nonsens statt Konsens.

Den Konzernen geben Sie die Befreiung von Veräußerungsgewinnen, die Gewerkschaften bekommen ihre Ausbildungsplatzabgabe. Eine Umlagefinanzierung gibt es seit fast 30 Jahren in der Bauwirtschaft. Dort wurde seit 1998 jeder zweite Ausbildungsplatz vernichtet.

Die Praxis zeigt: Betriebe brauchen Zukunft. Sie brauchen Aufträge. Sie brauchen einen besseren wirtschaftlichen Rahmen. In der Bauwirtschaft wurde die Umlage von den Tarifparteien eingeführt. Sie können ihren tariflichen Gestaltungsraum nutzen.

PRESSSEMITEILUNG



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 uwe.schummer@bundestag.de

Homepage: www.uwe-schummer.de

Die SPD plant ein Bundesgesetz und nimmt die Tarifbereiche aus, die „vergleichbare Regelungen“ schaffen. Damit machen Sie den Gesetzgeber zum Büttel einer Tarifpartei. Wer nicht freiwillig unterschreibt, der bekommt den Zwang des Gesetzes zu spüren. Autonomie kommt aus dem Griechischen „nach eigenen Gesetzen lebend.“ Uns werfen Sie vor, dass wir den Betriebsparteien mehr Kompetenzen einräumen wollen. Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit oder auch für die Ausbildung.

Sie nötigen einen Tarifpartner, um sich beim anderen Tarifpartner für die letzte Wahlkampfhilfe zu bedanken. Ideologie statt Problemlösung, zeigt die Aussage von Herrn Scholz. Er will die Ausbildungsplatzabgabe auch in Kraft treten lassen, wenn die Wirtschaft ausreichend Ausbildungsplätze schafft.

Unser Angebot ist ein modernes Berufsbildungsrecht.
Dynamisierung: Schnellere Entwicklung von Berufsbildern und Ausbildungsverordnungen. Die Arbeitswelt beschleunigt sich, die Berufsbildung muss Schritt halten.

Eine Flexibilisierung mit Stufenausbildungen ist notwendig bei 151.000 Ausbildungsabbrechern und 1,3 Mio. Menschen bis 29 Jahre ohne beruflichen Abschluss. Wir brauchen eine Koordinierung von Betrieb, Berufsschule und Kammer.

Im SGB IX. haben Sie die Behindertenabgabe gesenkt, weil sie keine Wirkung hat. Die Wirkung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzabgabe wird die weitere Verstaatlichung der beruflichen Ausbildung sein. Sie wird die Erosion der betrieblichen Bildung verstärken. Deshalb lehnen wir sie ab.“

PRESSMITTEILUNG